



### Inhalt

Rückblick: Bankentarifrunde 2004 Banken erfüllen Ausbildungspakt	S. 2
„Verteilungsspielraum gering“: Interview mit Tessen von Heydebreck, Vorsitzender des AGV Banken, zur bevorstehenden Tarifrunde	S. 3
Demografische Entwicklung: Unternehmen vor großen Herausforderungen	S. 4
Gewerkschaften: Mitgliederschwund bei ver.di leicht abgeschwächt	

### Editorial

## Verantwortung

Das Ansehen unserer jahrzehntelang bewährten Wirtschafts- und Sozialordnung hat gelitten. Über die Ursachen kann man trefflich diskutieren. Jetzt aber sind Lösungen gefragt, um verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Nur mit einem starken Rückhalt bei den Menschen kann die Soziale Marktwirtschaft auf Dauer ein Erfolgsmodell bleiben. Reformen sind notwendig, mit denen sich die Gesellschaft wieder auf die marktwirtschaftlichen Prinzipien besinnt – auch, um Deutschland im Zeitalter der Globalisierung wieder an der Spitze der Wirtschaftsationen zu positionieren. Dafür ist nicht, wie immer wieder gefordert wird, mehr Staat gefragt, sondern weniger: weniger staatliche Regulierungen und fiskalpolitische Interventionen, möglichst freier Wettbewerb und mehr Verantwortung für jeden Einzelnen. Mehr Marktwirtschaft könnte auch den aktuell prognostizierten Wirtschaftsaufschwung unterstützen und dauerhaft für mehr Beschäftigung sorgen. Dazu gehören auch angemessene Tarifabschlüsse. Gehaltsforderungen von 5 Prozent, wie von ver.di mit Blick auf die am 16. Mai beginnenden Tarifverhandlungen für die Bankangestellten erhoben, sind realitätsfern und werden der Verantwortung der Tarifparteien für die Beschäftigung in der Branche nicht gerecht.

# Vertrauenskrise mit Reformkurs überwinden

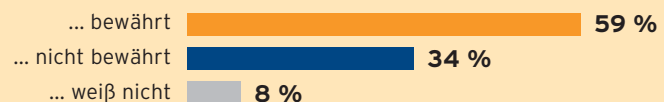
**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT.** Die Wirtschaftsordnung Deutschlands steckt in einer Vertrauenskrise. Jeder dritte Bundesbürger äußert Zweifel an der Sozialen Marktwirtschaft, jeder Vierte hat keine konkrete Vorstellung zum Wirtschaftssystem. Das geht aus einer Studie des Bundesverbandes deutscher Banken hervor. Nur mit einem klaren Reformkurs kann das Vertrauen in die Grundprinzipien des Wirtschaftssystems wiederhergestellt werden.

Die Zahlen sprechen für sich: Gerade einmal 59 Prozent der Bundesbürger sind der Ansicht, die Soziale Marktwirtschaft sei eine bewährte Wirtschaftsordnung. Das sind zwar 8 Prozentpunkte mehr als beim historischen Tiefstand im Mai 2005, als angesichts der aufkommenden „Heuschreckendebatte“ nur noch knapp die Hälfte der Befragten mit dem Wirtschaftssystem zufrieden war. Aber von Spitzenwerten (76 Prozent Zufriedenheit im Oktober 2001) ist die aktuelle Quote der Zustimmung weit entfernt. 34 Prozent vertreten sogar mittlerweile die Meinung,

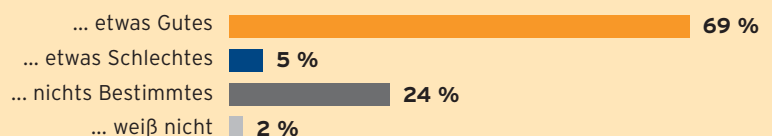
die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik habe sich nicht bewährt. Die Werte sind das Ergebnis einer repräsentativen Meinungsumfrage des Mannheimer Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) im Auftrag des Bankenverbandes. Immerhin gaben mehr als zwei Drittel der Befragten an, mit dem Begriff der Sozialen Marktwirtschaft „etwas Gutes“ in Verbindung zu bringen (5 Prozent: „etwas Schlechtes“). Jeder Vierte hatte jedoch keinerlei Vorstellung davon, was sich genau hinter der Wirtschaftsordnung des Landes verbirgt. ▶

## SO DENKEN DIE BÜRGER ÜBER DIE EIGENE WIRTSCHAFTSORDNUNG

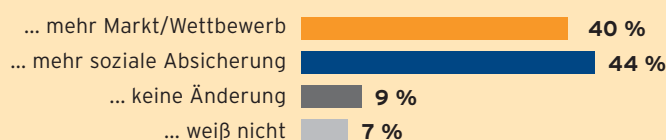
### Die Soziale Marktwirtschaft hat sich ...



### Mit dem Begriff Soziale Marktwirtschaft verbinde ich ...



### Für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir ...



Quelle: Repräsentative ipos-Umfrage im Auftrag des Bundesverbandes deutscher Banken, Oktober 2005

### ► HOHE REFORMBEREITSCHAFT

Um die Soziale Marktwirtschaft aus der aktuellen Vertrauenskrise befreien zu können, setzen die Bundesbürger auf konträre Rezepte. Während 44 Prozent noch „mehr soziale Absicherung“ verlangen, sprechen sich vier von zehn Befragten dagegen für „mehr Markt und freien Wettbewerb“ aus; immerhin hat dieser Anteil in den vergangenen elf Jahren deutlich zugenommen - von 25 Prozent im Mai 1994 auf 40 Prozent Ende 2005.

„Wir müssen mehr darauf setzen, dass Leistung herausgefordert und wertgeschätzt wird, weil Leistung in einer freiheitlichen Gesellschaft letztlich die Quelle von Gerechtigkeit ist.“

*Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus in seiner Rede bei den Schönhauser Gesprächen*

Zu einem klaren Votum für einen Reformkurs, der auf eine Stärkung der Marktmechanismen und des Wettbewerbsgedankens setzt, verständigten sich auch die Teilnehmer am gesellschaftspolitischen Forum der privaten Banken in Deutschland, den Schönhauser Gesprächen. 200

renommierte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft kamen Ende November 2005 in Berlin zusammen, um Antworten auf die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft zu finden und nach Gründen für die Vertrauenskrise der Wirtschaftsordnung zu suchen. So wertete etwa Paul Nolte, Professor an der Freien Universität Berlin, den Rückgang des Vertrauens auch als Folge „eines erschreckenden Realitätsverlustes, weil sich viele nicht mehr klar machen, welches beispiellose Ausmaß an Wohlstand, Freiheit und Sicherheit wir einer offenen Marktgesellschaft verdanken, und was wohl die Alternative wäre“. Um den gesellschaftlichen Konsens über die eigene Wirtschaftsordnung wiederherzustellen, bedarf es nach Ansicht der Experten der Bereitschaft, in vier zentralen Bereichen Veränderungen herbeizuführen:

- **Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** - allerdings nicht durch zusätzliche Belastungen für Bürger und Unternehmen, sondern durch eine strikte Haushaltsdisziplin des Staates.
- **Weitere Öffnung der Märkte** - und damit eine weitere Stärkung eines der grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft. Aktuell zu beobachtende Abschottungstendenzen für einzelne Wirtschaftsbereiche sind kontraproduktiv.
- **Weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte** - ein wichtiger Beitrag zur Sen-

kung der Arbeitslosigkeit in Deutschland; die anhaltend hohe Arbeitslosenquote ist übrigens mit ein Grund dafür, warum die Bundesbürger allmählich ihr Vertrauen in die Wirtschaftsordnung verlieren.

- **Förderung des technischen Fortschritts** - das bedeutet eine Stärkung des Wettbewerbsgedankens sowie mehr Freiräume für Unternehmen, die Risiken nicht scheuen und in zukunftsweisende Technologien investieren.

Es ist eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Bürgern erforderlich, um der Sozialen Marktwirtschaft wieder den Status zu verschaffen, den sie über viele Jahrzehnte hinweg innehatte - Garant für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit zu sein.

**Weitere Informationen** zur Studie sowie zu den Schönhauser Gesprächen im Internet unter [www.bankenverband.de](http://www.bankenverband.de) (Politik + Gesellschaft, Rubrik „Schönhauser Gespräche“).

#### Banken erfüllen tariflichen Ausbildungspakt

Trotz weiter rückläufiger Beschäftigung in der Branche haben die Mitgliedsinstitute des AGV Banken und der Tarifgemeinschaft öffentlicher Banken in den Jahren 2004 und 2005 deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten, als in 2003 besetzt wurden. Damit haben die privaten und öffentlichen Banken die in der Tarifrunde 2004 vereinbarte Ausbildungsinitiative klar erfüllt. Tariflich war zugesagt worden, das Ausbildungsplatzangebot - verteilt auf die Jahre 2004 und 2005 - um 3 Prozent gegenüber den angetretenen Ausbildungsverhältnissen im Jahr 2003 zu steigern. Tatsächlich wurde die Planung für 2004 um 7 Prozent und für 2005 um 3 Prozent erhöht. Obwohl nicht alle Stellen angetreten wurden, konnte so die Zahl der neu eingestellten Auszubildenden in den beiden Jahren gegenüber 2003 um mehr als 4 Prozent gesteigert werden. Das positive Gesamtergebnis ist Resultat einer betrieblichen Ausbildungspolitik, die zum Teil über den konkreten Bedarf hinausgegangen ist. Sie folgte dem Grundsatz der Ausbildungsinitiative: „Ausbildung geht vor Übernahme“.

### Rückblick

#### Bankentarifrunde 2004: Arbeitgeber setzen Öffnungsklausel durch

In der dritten Verhandlungsrunde gelang der Durchbruch: Anfang Juli 2004 einigten sich die Tarifparteien des Bankgewerbes auf einen neuen Tarifvertrag mit einer Laufzeit bis zum 31. Mai 2006.

Unter anderem wurden folgende Punkte beschlossen:

- **Lineare Gehaltserhöhung:** Tarifgehälter und Ausbildungsvergütungen werden ab 1. September 2004 um 2,0 Prozent und zum 1. September 2005 um weitere 1,6 Prozent angehoben.
- **Öffnungsklausel zur Arbeitsplatzsicherung:** Im Härtefall können Unternehmen befristet von tariflichen Regelungen abweichen, sofern beide Tarifparteien dem Vorgehen der Betriebsparteien zustimmen.

- **Ausbildungsinitiative:** In den Jahren 2004 und 2005 erhöhen die Banken ihr Angebot an neuen Ausbildungsplätzen um insgesamt 3 Prozent (siehe auch nebenstehende Meldung).

Des Weiteren einigten sich die Tarifparteien darauf, die Vereinbarungen zu Vorrustbestand und zur Samstagsarbeit bis 2006 sowie die so genannte 31-Stunden-Klausel (Arbeitszeitverkürzung durch Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungssicherung) bis zum Jahr 2008 zu verlängern. Der Altersteilzeit-Tarif sowie die tarifliche Rahmenregelung zu Langzeitkonten wurden bis Ende 2009 verlängert. Zudem wurde ab September 2005 der nach individueller Leistung variable Anteil der tariflichen Jahresvergütung auf 7,5 Prozent erhöht.

# „Der Verteilungsspielraum ist äußerst gering“

**BANKENTARIF.** Interview mit Tessen von Heydebreck, Vorsitzender des AGV Banken, zur bevorstehenden Verhandlungsrunde, die am 16. Mai in Frankfurt am Main beginnt.

**kompekt: Herr Dr. von Heydebreck, für die am 16. Mai beginnende Tarifrunde hat ver.di die Latte hoch gehängt. Was halten Sie von der Forderung nach 5 Prozent mehr Gehalt?**

von Heydebreck: Sie hat schon mit der wirtschaftlichen Situation in unserem Land nichts zu tun - noch weniger mit der Branchensituation. Es muss schon verwundern, wenn dem Fachbereich Finanzdienstleistungen zur Begründung seiner Gehaltsforderung nichts Besseres einfällt als die Summierung von Preissteigerung mit dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, garniert mit der angeblichen Entwicklung des Volkseinkommens im letzten Jahr. Sind die daraus gezogenen Schlüsse schon nicht mehr nachvollziehbar, so gilt das erst recht, wenn die für das Tarifgeschehen allein maßgebliche Branchensituation den Ausgangspunkt der Betrachtung markiert.

**kompekt: ver.di führt eine sehr gute Branchenentwicklung ins Feld und beruft sich darauf, dass der Produktivitätszuwachs gerade bei den Banken mit Blick auf den Beschäftigungsabbau besonders hoch ausgefallen sei. Ist das denn so falsch?**

von Heydebreck: Es wäre schlimm, wenn wir in den letzten zwei Jahren nicht das Ruder hätten herumreißen können. Doch bietet die positive Entwicklung keinen Anlass, die für unsere Institute latent gefährliche Kostenfrage auch nur einen Moment aus den Augen zu verlieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir als Kreditgewerbe noch in 2003 Milliardenverluste verkraften mussten. Seitdem haben massive Sparmaßnahmen, ein verbessertes Risikomanagement und vielerorts eine strategische Neuausrichtung schrittweise die Umkehr zum Besseren gebracht. So sehr wir uns darüber freuen können, zu Luftsprüngen besteht beileibe kein Anlass. Das zeigt die Entwicklung der Eigenkapitalrentabilität. Lag diese im Jahr 2004 noch bei mageren 4 Prozent, dürfte im letzten Jahr ein Anstieg auf etwa 9 bis 10 Prozent erreicht worden sein. Auch wenn das ein guter Schritt vorwärts ist. Mit diesem Niveau haben die Banken gera-

de einmal ihre Kapitalkosten verdient. Auskömmlich sind solche Werte nicht - schon gar nicht im internationalen Vergleich.

**kompekt: Dennoch melden einige Banken gute Ergebnisse. Es ist doch verständlich, wenn ver.di einen Anteil davon für die Mitarbeiter reklamiert?**

von Heydebreck: Hier muss man die Dinge auseinander halten. Ein Gutteil der Erträge dieser Institute ist im Ausland erwirtschaftet worden. Die Rentabilität des Inlandsgeschäfts - hier ist das Gros der Tarifangestellten beschäftigt - kann dagegen noch keineswegs zufrieden stellen. Zudem können die Konsolidierungserfolge nicht von Jahr zu Jahr erneut eingefahren werden. Darauf hat Bundesbankpräsident **Tessen von Heydebreck**



Foto: Deutsche Bank AG

„*Ohne strikte Kostendisziplin werden wir nicht weiterkommen.*“

Weber jüngst eindringlich aufmerksam gemacht. Die Zukunft wird von der Ertragsseite bestimmt, die - auch darauf weist Weber hin - deutlich verbessert werden muss. Ohne strikte Kostendisziplin werden wir nicht weiterkommen. Selbst wenn die Sachverständigen uns aktuell ein Wachstum von gut 1,5 Prozent prognostizieren, können wir nicht auf eine konjunkturbedingte Ausdehnung des Geschäftsvolumens setzen. Das wäre zu kurz gedacht: Schon 2007 wird die Mehrwertsteuererhöhung wieder jede Dynamik herausnehmen - und damit sind noch nicht die generellen Risiken angesprochen. Derzeit vergeht kein Tag, ohne dass über die Auswirkungen der Energiepreise auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung spekuliert wird.

**kompekt: ver.di fordert Tarifregelungen zur beruflichen Weiterbildung, zur Altersversorgung und zur Gesundheitsförderung. Haben die Arbeitgeber hier größere Spielräume?**

von Heydebreck: Das sind alles Themen, die einer zusätzlichen Regulierung nicht bedürfen, weil sie in unserer Branche vorbildlich erledigt werden, und zwar im Einvernehmen und unter Mitwirkung der betrieblichen Vertretungen. Die Arbeitsbedingungen in Deutschland werden eben nicht nur am Tariftisch entschieden. Sie werden auch auf betrieblicher Ebene ausgehandelt - in vielen Fällen mit besseren, weil passgenaueren Lösungen. Darüber zusätzlich die Einheitssoße des Flächentarifvertrages zu kippen ergibt nun wirklich keinen Sinn.

**kompekt: Mit welchen Forderungen gehen die Bankenarbeitsgeber in die Tarifrunde?**

von Heydebreck: Wie immer stehen mehrere Themen auf unserer Tarifagenda. Ganz oben steht natürlich die Frage nach den Kostenbelastungen in unserer Branche. Anders als in der Industrie stellen bei uns die Personalkosten den Löwenanteil der Gesamtaufwendungen. Geraten diese aus dem Lot, führt das zwangsläufig zu neuem Druck auf die Beschäftigung in unseren Mitgliedsinstituten. Der Verteilungsspielraum ist deshalb äußerst gering. Unser weiteres großes Thema bleibt die Flexibilisierung des Tarifvertrages. Wir wollen erreichen, dass die tarifvertraglich bereits vorgesehenen Langzeitkonten in einem breiteren Umfang nutzbar gemacht werden können als es bisher der Fall ist. Wir sehen es beispielsweise nicht ein, warum einzelne Urlaubstage dort nicht eingestellt werden dürfen, obwohl das eindeutig im Interesse der Mitarbeiter ist. Auch muss endlich die im Jahr 2000 vereinbarte Regelung, mit der zusätzliche Samstagarbeit ermöglicht wurde, als Dauerregelung in den Tarifvertrag überführt werden. Die damalige Befürchtung der Gewerkschaften, dass sich daraus ein „Flächenbrand“ entwickeln würde, hat sich als haltlos erwiesen. Last but not least müssen wir über die im Jahr 1984 vereinbarte tarifliche Vorruhestandsregelung sprechen. Wir können diese nicht aus der Diskussion über die problematischen Folgen von Frühverrentungssystemen heraushalten. Vor dem Hintergrund unserer demografischen Entwicklung müssen auch wir hier einen Schlusspunkt finden.

# Unternehmen vor großen Herausforderungen

**ARBEITSMARKT.** Die demografische Entwicklung in Deutschland erfordert neue Konzepte für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme.

Wegen schwacher Geburtenraten und der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft stehen den Unternehmen in den nächsten Jahren immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Während die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 nach Prognosen des Statistischen Bundesamts um gut 10 Prozent schrumpfen wird (von heute 82 auf dann rund 75 Millionen Menschen), dürfte der Anteil der Erwerbspersonen unter den Einwohnern sogar noch deutlich stärker sinken - von 45 auf gut 35 Millionen, das bedeutet ein Minus von 22 Prozent.

## UNGÜNSTIGE ALTERSSTRUKTUR

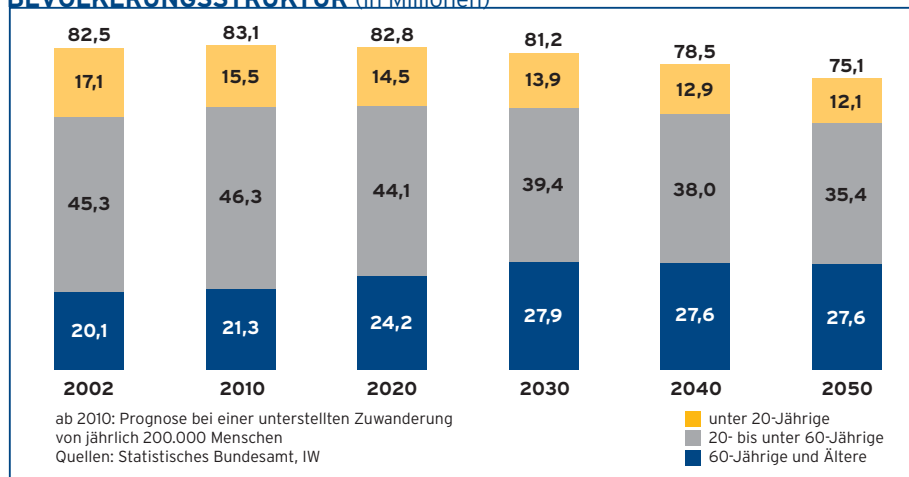
Experten erwarten, dass es spätestens in zehn Jahren zu einem kontinuierlich wachsenden Arbeitskräftemangel in Deutschland kommen wird. Dazu trägt auch die sich ungünstig entwickelnde Altersstruktur bei: Bereits im Jahr 2010 dürften nach Berechnungen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung die 45- bis 65-Jährigen den Löwenanteil unter den Erwerbspersonen in Deutschland ausmachen, ihr Anteil soll von heute 37 Prozent auf 42 Prozent (2010) und schließlich auf fast 45 Prozent (2020) steigen. Zudem wird prognostiziert, dass nur jeder fünfte Arbeitnehmer unter 30 Jahre alt sein wird - der Fachkräftemangel ist damit für zahlreiche Branchen vorprogrammiert. Auch

die Sozialsysteme, vor allem die Rentenversicherung, stehen dadurch vor großen Herausforderungen. Immer weniger Beitragszahler müssen für immer mehr Leistungsempfänger aufkommen. Heute stehen 44 Personen im Rentenalter 100 Erwerbsfähige gegenüber, bis 2050 soll sich diese Relation auf 78 zu 100 verschlechtern, sofern es nicht gelingt, ältere Mitarbeiter länger als bisher im Erwerbsleben zu halten. Dazu ist es in einem ersten Schritt notwendig, die bisherige Frühverrentung zu stoppen. Des Weiteren ist es unumgänglich, das Renteneintrittsalter heraufzusetzen. Der Beschluss der Bundesregierung, die heutige Standardgren-

ze von 65 Jahren beginnend ab 2012 bis zum Jahr 2029 stufenweise auf 67 Jahre zu erhöhen, ist daher ein notwendiger Schritt in die richtige Richtung.

Die Unternehmen in Deutschland werden sich in den kommenden Jahren verstärkt auf eine alternde Belegschaft und den drohenden Fachkräftemangel einstellen müssen - etwa, indem die Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet oder ältere Arbeitnehmer verstärkt weitergebildet werden. Auch die Tarifparteien stehen in der Pflicht, schon heute ihren Beitrag für die Sicherung des zukünftigen Arbeitslebens zu leisten. Gefragt ist hier insbesondere der Ausbau flexibler Instrumente wie Langzeitkonten, um den Mitarbeitern neue Optionen zur Gestaltung ihrer Lebensarbeitszeit zu eröffnen.

## BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR (in Millionen)



## Impressum

### Herausgeber:

AGV Banken  
Arbeitgeberverband des  
privaten Bankengewerbes e.V.  
Burgstr. 28, 10178 Berlin  
Tel. (030) 59 00 11 27-0, Fax (030) 59 00 11 27-9  
service@agvbanken.de  
www.agvbanken.de

### Verantwortlich:

Gerd Benrath

### Redaktion und Gestaltung:

ergo Unternehmenskommunikation GmbH & Co. KG,  
Hansaring 55, 50670 Köln,  
Tel. (0221) 91 28 87-0, Fax (0221) 91 28 87-77  
ergo@ergo-pr.de  
www.ergo-pr.de

### Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Heinz Ackermann, Bodo Brandes,  
Gregor Faßbender-Menzel

## Mitgliederschwund bei ver.di leicht abgeschwächt

Die im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Gewerkschaften haben auch im Jahr 2005 deutlich an Mitgliedern verloren. Dieser Abwärtstrend hat sich laut DGB allerdings im Vergleich zu den Vorjahren verlangsamt. Der Rückgang bei den Mitgliederzahlen lag zwischen 1,2 Prozent (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und 7,8 Prozent (IG Bauen-Agrar-Umwelt). Insgesamt waren Ende 2005 rund 6,78 Millionen Menschen in einer der DGB-Gewerkschaften organisiert, das sind 3,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Eine ähnliche Entwicklung meldet die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di). Sie zählte zum Jahresende 2005 rund 2,36 Millionen Mitglieder und damit gut 100.000 weniger als zwölf Monate zuvor. Der Mitgliederschwund liegt für 2005 bei 4,3 Prozent und damit unter der Quote der beiden Vorjahre. Im Jahr 2004 verzeichnete ver.di noch einen Rückgang von 5,7 Prozent, 2003 gab es ein Minus von 4,6 Prozent. Erste Erfolge bei der verstärkten Mitgliederwerbung konnte ver.di im vierten Quartal 2005 verbuchen: Bei den Erwerbstätigen lag die Zahl der Beitritte mit rund 32.900 über der Summe der Austritte (rund 25.400), der Anteil der Erwerbstätigen unter den ver.di-Mitgliedern beträgt nach eigenen Angaben 73,7 Prozent.